

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Bundesverfassung nur noch ein Papierfetzen?
von Karl Spühler

Seite 2

Kanton Zürich

Rückblick: Zeit, um Danke zu sagen
von Sandro Strässle

Seite 3

Aktuell

Tipps für die Führung einer Ortspartei
von Ueli Maurer

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Bülach: Stadtwachstum beflügelt Ausgaben
von Thomas Obermayer

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Delegiertenversammlung am 9. April, Bonstetten

Seite 8

KRIMINELLE ASYLBEWERBER MÜSSEN BIS ZUR AUSSCHAFFUNG INTERNIERT WERDEN

Die Schweiz ist nicht mehr sicher

Die gescheiterte Schweizer Asylpolitik verschlingt jährlich Milliarden. Missbrauch wird kaum sanktioniert und die Kriminalität steigt rasant. Finden die Vorschläge der SVP keine Mehrheit, drohen die schlimmen Zustände Schwedens.



Brennender PKW in Malmö: Seit der Massenmigration aus dem Nahen Osten erlebt Schweden eine Welle der Gewalt.

Bild: Adobe Stock

Immer mehr Ausländer kommen in die Schweiz. Die Tore sind weit geöffnet. Pro Jahr wandern über 100 000 Personen zusätzlich in die Schweiz ein. Dazu kommen noch rund 30 000 Asylmigranten.

Geldfresser Zuwanderung

Viele dieser Schein-Asylanten, die durch etliche sichere Drittstaaten illegal zu uns kommen, missbrauchen unser System. Die Sozialhilfequote bei den anerkannten Flüchtlingen, die arbeiten dürfen, lag im Jahr 2020 bei über 84 Prozent. Der Schutzstatus S mit sofortigem Anspruch auf Sozialhilfeleistungen hat dazu geführt, dass es kaum einen

Anreiz auf Integration in den Arbeitsmarkt gibt. So ist nur jede fünfte Person aus der Ukraine erwerbstätig.

Die Schweiz ist ein Sozialstaat-Schlaffenland. Die ungebremste Zuwanderung und das Asylchaos führen zu explodierenden Kosten. Allein der Bund hat 2023 für den Asylbereich 4 Milliarden Franken budgetiert. Hier sind die Kosten in den Gemeinden noch nicht miteingerechnet. Bei Familien mit Kindern müssen oftmals teure Förderprogramme in den Schulen finanziert werden. Geld, welches anderswo im Bildungsbereich fehlt. Trotz viel Geld scheitern oftmals die Integrationsversuche kläglich. Immer mehr Lehrkräf-

te brennen aus und verlassen ihren Beruf.

«Willkommenskultur» gefährdet Sicherheit

Die Schweiz war früher ein sicheres Land, wo man die Haustüre noch ohne Bedenken offen lassen konnte. Während immer mehr Länder strikte Einreisekontrollen durchführen, herrscht in der Schweiz Willkommenskultur. Leere, dem Verfall ausgesetzte Zolnhäuser signalisieren den sorgenlosen Zutritt in den «Selbstbedienungsladen» Schweiz. Selbst, wenn das Asylgesuch abgelehnt wird, braucht man sich nicht vor Ausschaffung zu fürchten. Auch nicht,

wenn man sich mit kleinkriminellen Aktivitäten noch etwas dazu verdient. Unsere Gesetze und eifrige Datenschützer verhindern den Austausch der Polizeidaten unter den Kantonen.

Bei Diebstählen und Einbrüchen sind alle Dämme gebrochen. Die Zuwachsraten sind, wie bereits 2022, im zweistelligen Prozentbereich. Total wurden 2023 über 210 000 Diebstähle und Einbrüche begangen. Das sind 575 Straftaten pro Tag, wobei es sich hier nur um die gemeldeten Straftaten handelt. Die Dunkelziffer ist viel höher. Insbesondere die Ladendiebstähle von illegalen, hier lebenden Ausländern und Asylanten sind zur bitteren Tagesordnung geworden. Der aus der SP ausgetretene Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr nennt die «Top Nationalitäten» für seinen Kanton. Auf dem 1. Platz stehen Algerier. «Dabei handelt es sich fast ausschliesslich um abgewiesene Asylsuchende. Bei ihnen haben wir eine Kriminalitätsrate von 91 Prozent. Auf Platz 2 folgen rumänische Staatsangehörige. Neu auf dem 3. Platz sind Ukrainer. Gemäss Mario Fehr habe sich die Zuwanderung aus der Ukraine verändert: «Wir haben einen zunehmenden Anteil von Roma.» Dass die häusliche Gewalt mehrheitlich ausländisch ist, ist ein weiteres trauriges Kapitel.

Ausländerpolitik ist gescheitert

Die Polizeistatistik beweist, was die SVP schon seit Jahren sagt. Die Ausländer- und die Asylpolitik in unserem Land sind gescheitert. Die Schweizer Bevölkerung kann sich nicht mehr sicher fühlen in ihren Wohnungen und Häusern, im öffentlichen Raum und in den Schulen. Als Dank für die Aufnahme in die Schweiz gehen Ausländergruppen aus Eritrea wiederholt aufeinander los. Regierungsunterstützer gegen

Regierungsgegner. Alles auf Schweizer Boden. Auch hier passiert nichts, denn Eritrea nimmt keine Landsleute mittels Zwangsausschaffung zurück. Die Lösung wäre die Ausschaffung in ein Drittland. Die angeblichen Flüchtlinge aus Eritrea und ihr Verhalten sind der Beweis für die gescheiterte Asylpolitik. Der Polizei fehlen oft die gesetzlichen Möglichkeiten und die Mittel. Es braucht endlich die von der SVP schon lange geforderten intensiven Grenzkontrollen. Abgewiesene Asylbewerber, die kriminell werden, müssen interniert werden. Auch Eritreer, die sich im Gastland nicht friedlich verhalten, müssen bis zur Ausweisung interniert werden.

Es drohen schwedische Zustände – die SVP ist gefordert

Ein weiteres Problem: wer diese Problematik offen an- und ausspricht, wird schnell als Rassist beschimpft und in die rechte Schmutzlecke gestellt. Schlimme Zustände wie in Berlin-Neukölln oder in vielen schwedischen Städten werden wir bald auch bei uns haben, wenn sich die SVP mit ihrer Politik nicht durchsetzen kann. Die Schlägereien unter Eritreern, wie zuletzt in Gerlafingen SO, sind deutliche Weckrufe. Es ist jetzt unser Auftrag, dafür zu sorgen, dass kriminelle Ausländer-Asylsuchende nicht in unser Land reisen und unser System missbrauchen können. Die Schweiz muss unattraktiv werden. Wer kriminell wird, muss bis zur Ausschaffung interniert werden.



Bruno Walliser
Nationalrat SVP
Volketswil

Stopp der importierten Kriminalität – wie sich die Schweiz schützen kann!

Mi. 10. April 2024
19.30 Uhr

Susann's Beizli, Hueb
8425 Oberembrach

Referat Nationalrat
Alfred Heer



Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig:

Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66





Christoph Mörgeli

Hilfe für den Hilfflosen

Man stelle sich vor, Ignazio Cassis hätte vor den letzten Bundesratswahlen die zwei freisinnigen Vorgänger Pascal Couchepin und Kaspar Villiger zu Hilfe gerufen. Um diese beiden öffentlich versichern zu lassen, Ignazio Cassis sei besser als sein Ruf, er habe nicht alles falsch gemacht und sei gewiss das kleinere Übel als seine Konkurrenten. Hätte eine solche Aktion Cassis' Position gestärkt? Ganz im Gegenteil.

In den USA indessen mussten dem schwer angeschlagenen Präsidenten Joe Biden die Amtsvorgänger Bill Clinton und Barack Obama unter die Arme greifen. Sie traten an einer Spendengala auf, damit die Dollarmillionenflossen. Wortreich vergoldeten sie Bidens schwache Leistungen und malten rabenschwarz im Fall eines Wahlsiegs des «Anderen». Sah der 81-jährige Biden angesichts dieser Unterstützung weniger alt aus? Ganz im Gegenteil. Jetzt fragt sich die Öffentlichkeit: Hat er das nötig? Steht es so schlimm um seine Kandidatur?

Während die Schönen, Reichen und Privilegierten Hunderttausende für die Biden-Gala bezahlten, trat Herausforderer Donald Trump ebenfalls in New York auf. Allerdings an den Trauerfeierlichkeiten für den jungen Polizisten Jonathan Diller. Dieser war bei einer Verkehrskontrolle durch den Insassen eines illegal geparkten Fahrzeugs erschossen worden. Trump sprach der Witwe und Mutter eines Babys sein Mitgefühl aus. Und äusserte anschliessend, dass solche Gewalt gegen die Ordnungshüter nicht hinnehmbar sei: «Wir müssen zurückkehren zu Recht und Ordnung.»

Der Mörder Guy Rivera ist zuvor schon 21-mal festgenommen und 2021 nach fünfjährigem Gefängnisaufenthalt wegen Rauschgiftdelikten entlassen worden. Die amerikanischen Städte unter demokratischer Herrschaft sind zunehmend Brutstätten der Gewalt. Die Gouverneurin von New York, Kathy Hochul, wollte ebenfalls an der Trauerfeier teilnehmen. Sie wurde aber unter grossem Applaus als Mitverantwortliche an den misslichen Sicherheitszuständen weggeschickt. Auch diese Politikerin dürfte in die Ostergeschichte eingehen: Sie hat das grösste Heuchelei gelegt.

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE «KEINE 10-MILLIONEN-SCHWEIZ!»

SVP reicht Nachhaltigkeits-Initiative mit 114 600 Unterschriften ein

Bereits neun Monate nach der Lancierung der Unterschriftensammlung reicht das Initiativkomitee der eidgenössischen Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» unter der Leitung der SVP Kanton Zürich bei der Bundeskanzlei 114 600 Unterschriften ein. Der hohe Zuspruch zu dieser SVP-Initiative zeigt, dass die Bevölkerung dringlich eine nachhaltige und eigenständig gesteuerte Zuwanderung in die Schweiz fordert.

Die masslose Zuwanderung geht ungebremst weiter. In den letzten zwei Jahren sind über 180 000 Personen zusätzlich in die Schweiz eingewandert – mit verheerenden Folgen für unser kleines Land. Die Mittellinks-Politik im Bundeshaus befeuert diese dramatische Entwicklung: SP, Grüne, FDP, Mitte und Grünliberale weigern sich, den Verfassungsauftrag (Artikel 121a) umzusetzen, den Volk und Stände mit Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 beschlossen haben. Dieser verlangt eine «eigenständige» Steuerung der Zuwanderung mittels jährlicher Höchstzahlen und Kontingente.

Sammlung in Rekordzeit

Um der Bevölkerungsexplosion Herr zu werden, hat die SVP vor weniger als einem Jahr die Nachhaltigkeits-Initiative eingereicht. Die SVP Kanton Zürich übernahm bei der Unterschriftensammlung die Führungsrolle. Mit sensationellem Erfolg: Bereits nach neun Monaten konnten die Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern deponiert werden! Der Anlass zog zahlreiche Unterstützer und Politiker der SVP Kanton Zürich an.

Bevölkerung möchte die Wende

«Die SVP ist die einzige Partei, die Verantwortung übernimmt», sagt SVP-Prä-

sident und Nationalrat Marcel Dettling (SZ) am Mittwochvormittag bei der Einreichung der Unterschriften. Mit der heute eingereichten «Nachhaltigkeits-Initiative» zeige die SVP konkret auf, wie die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern sei. «Heute kommen zu viele und die falschen Ausländer. Wir wollen eine kontrollierte Zuwanderung, die unserem Land und unserer Bevölkerung nützt.»

Auch SVP-Nationalrat und -Partei-Vizepräsident Thomas Matter (ZH) redet Klartext: «Die masslose und unkontrollierte Zuwanderung ist die Hauptursache für die dringlichsten und wichtigsten Probleme, unter denen die Schweiz leidet. Die Schweizer Bevölkerung hat endgültig genug von der verantwortungslosen Mittellinks-Politik. Das beweisen die mehr als 114 000 Unterschriften, die in kürzester Zeit zusammengekommen sind.»

Zuwanderung geht ungebremst weiter

«Seit 2023 leben erstmals über 9 Millionen Personen in unserem Land», ergänzt SVP-Nationalrat und -Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG). «Und obwohl die Schweiz aus allen Nähten platzt, geht die masslose Zuwanderung ungebremst weiter. Im letzten Jahr sind netto 98 851 Personen zusätzlich in unser Land eingewandert. Dazu kom-

men über 30 000 Asylmigranten. Ich erinnere daran, dass der Bundesrat vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit (21. Mai 2000) die Bevölkerung beruhigte, es kämen jährlich nur 8000 bis maximal 10 000 Personen zusätzlich in die Schweiz.»

Kantonsrat und Präsident der Zürcher SVP Domenik Ledergerber zeigt sich erfreut über das schnelle Zustandekommen der nötigen Unterschriften. «Die unterzeichnenden Schweizerinnen und Schweizer haben damit klar zum Ausdruck gebracht, dass sie keine 10-Millionen-Schweiz wollen. Es ist dringend an der Zeit, die Zuwanderung wieder aktiv zu steuern und zu einer nachhaltigen Einwanderungspolitik zurückzukehren. Wir wollen wieder eine eigenständige Zuwanderungspolitik zugunsten unseres Landes und unserer Bevölkerung. Die Zuwanderung, die wir heute haben, ist in jeder Beziehung das Gegenteil von nachhaltig.»

Schweiz ist überlastet

Die Nachhaltigkeits-Initiative der Schweizerischen Volkspartei ist die Antwort auf die zahlreichen Probleme in der Schweiz, die auf die Zuwanderung zurückgehen und einen immer grösseren Anteil der Bevölkerung direkt betreffen: Wohnungsnot und steigende Mieten, Stau auf den Strassen, überfüllte Züge und Busse, sinkendes Niveau an

den Schulen, mehr Gewalt und Kriminalität, Strommangel, stagnierendes Pro-Kopf-Einkommen, immer höhere Krankenkassenprämien, verschuldete Sozialwerke und immer mehr Druck auf unsere schöne Landschaft und intakte Natur.

Die Annahme der eidg. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» ist dringend nötig zum Schutz unserer einzigartigen Landschaft, unserer hohen Lebensqualität, unseres überdurchschnittlichen Wohlstandes und für eine sichere Zukunft in Freiheit für uns und unsere Kinder.

SVP Schweiz/Redaktion



Die SVP Kanton Zürich hat massgeblich zum Sammlungserfolg beigetragen. Bild: Marco Calzimaglia

DEMOKRATIEMÜDE CLASSE POLITIQUE

Bundesverfassung nur noch ein Papierfetzen?

Als einer der letzten lebenden ehemaligen Studenten des grossen schweizerischen Staatsrechtlers Zaccaria Giacometti bin ich tief besorgt, wie in den letzten Jahren unsere Berner Exekutive und leider viele eidgenössische Parlamentarier unsere Bundesverfassung missachten.



Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter
Winterthur

Die Bundesverfassung ist nicht einfach ein Gesetz unter vielen, sie ist das Grundgesetz der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Das lernte die damalige Studentengeneration von Professor Zaccaria Giacometti. Dieser lehrte uns die Triologie «Gewaltenteilung – Freiheit – Demokratie». Sie bilden die Grundfesten unseres Rechtsstaates. Im Jahre 1942 warnte Giacometti, dass unsere Verfassung zum Trümmerfeld des Rechts zu werden drohe. Heute sind wir wieder auf dem Weg dazu. Volk, teilweise auch die Bundesversammlung werden entmachtet. Der Rechtsstaat wird bedenkenlos den Schalmeien des Augenblickes geopfert. An drei Beispielen sei der Versuch unternommen, dies aufzuzeigen.

Integration in die EU hebt Demokratie aus

Unter Führung von Bundesrat Cassis und starker Unterstützung von Bundesrätin Amherd und den beiden SP-Bundesratsmitgliedern Elisabeth Baume-Schneider und Beat Jans wird alles versucht, baldmöglichst die Schweiz in die EU zu integrieren. Die Mehrheit der Medien stimmt zu. Krass undemokratische Übernahme fremden Rechts wird in Kauf genommen. Das soll nicht nur für geltendes, sondern auch für zukünftiges Recht gelten. Dass dadurch unsere in der Bundesverfassung verankerte Freiheit aufs Grösste missachtet wird, ist egal. Dabei handelt es sich um die demokratische und föderalistische Freiheit.

Dass dies die meisten Kantonsregierungen verkennen, bereitet aus freiheit-

lich-demokratischer Perspektive, auf welcher unsere Bundesverfassung und die Kantonsverfassungen beruhen, tiefe Sorgen. Das Bundesgericht soll nicht mehr, wie in der Bundesverfassung verankert, unser oberstes Gericht sein. Teilweise soll das EU-Gericht endgültig entscheiden. Dieses ist kein unabhängiges Gericht, wie wir es verstehen. In den Augen mancher vorzüglicher schweizerischer Juristen ist das sogenannte EU-Gericht überhaupt kein wirklich unabhängiges Gericht, sondern einfach ein fremdes Gremium. Und ein solches soll für die Schweiz Recht sprechen ...

Sollte der Rahmenvertrag abgeschlossen werden, bedarf dies klar einer Volksabstimmung, wobei das Volks- und Ständemehr gilt. Denn nicht nur einzelne Artikel der Bundesverfassung werden durch den Rahmenvertrag geändert, sondern unsere Unabhängigkeit und die freiheitlich-demokratische Grundordnung werden aufgegeben. Gegen das Ständemehr laufen die Euro-Turbos und mit ihnen zwei Professorinnen aus Freiburg und Basel Sturm. Letztere wären jedoch entsprechend ihrer Stellung dem Recht und nicht der Politik verpflichtet.

Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Vor beinahe acht Jahren wurde bekanntlich die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative von Volk und Ständen angenommen. In der Bundesverfassung steht klipp und klar, dass der Bundesrat oberste vollziehende Behörde des Landes ist.

Er hat die Beschlüsse der anderen Staatsorgane zu vollziehen. Zwar mag die Initiative den bilateralen Verpflichtungen mit der EU in ihrem vollen Wortlaut etwas entgegenstehen. Entscheidend bei jeder Vertragsauslegung ist aber nicht der sture Wortlaut, sondern der Sinn. Dieser Sinn besteht in

der möglichst eigenständigen Regelung der Zuwanderung. Bis heute geschah jedoch in dieser Hinsicht nichts oder kaum etwas Entscheidendes. Und unsere Bundesverfassung regelt die Zuständigkeit und die Verpflichtung zum Vollzug. Den Letzteren – auch sinngemäss – zu verweigern, stellt eine eindeutige Verletzung der Bundesverfassung dar.

Mantelerlass: Verfassungsmässigkeit nicht geprüft

Das neuste Beispiel der Missachtung der Verfassung stellt das Stromgesetz, auch bekannt als Mantelerlass, dar. Der Mantelerlass kommt am 9. Juni 2024 zur Abstimmung. Er wurde vom Bundesrat weitgehend unbesonnen und ohne ernsthafte Prüfung der Verfassungsmässigkeit übernommen. Die eidgenössischen Räte kamen ihrer Pflicht dazu ebenfalls ungenügend nach. Das Energieproblem ist durchaus vorhanden.

Die Bundesverfassung ist aber auch vorhanden. Zaccaria Giacometti forderte aber, dass sich alles staatliche Handeln an der Verfassung zu orientieren hat. Niemals darf aber nur dem aktuellen Bedürfnis gefolgt werden

und es ist stets nach freiheitlich-demokratischen, d.h. verfassungskonformen, Lösungen zu suchen. Dies wurde in diesem Zusammenhang unterlassen.

Verfassung wird verletzt

Folge bildeten klare Verfassungsverletzungen. Ein Zürcher Staatsrechtsprofessor – beileibe kein Gegner von staatlichen Eingriffen – eruierte beim Mantelerlass deren fünf. Wegbedungen wird das Einspracherecht von Privaten und Gemeinden. Nach der Bundesverfassung steht ihnen aber das rechtliche Gehör zu. Jeder Betroffene hat einen Anspruch auf eine unabhängige Beurteilung. Verfassungsrechtlich gewährleistet ist die Eigentumsgarantie. Dasselbe gilt für die Gemeindeautonomie. Einschränkungen von Grundrechten müssen verhältnismässig sein. Ist die Verhältnismässigkeit gewahrt, wenn erhebliche Teile unserer einzigartigen Landschaft verunstaltet werden? Wie steht es um die Verpflichtung des Bundes in Artikel 73 der Bundesverfassung zur Nachhaltigkeit? Und im nächsten Verfassungsartikel wird der Bund verpflichtet, den Menschen u.a. vor lästigen Einwirkungen, z.B. Immissionen von Windrädern, zu schützen. Der Schutz des Waldes obliegt nach der Verfassung ebenfalls dem Bund. All dies wird durch den Mantelerlass missachtet.



Verschandelung ohne Einsprachemöglichkeit? Der Mantelerlass verletzt in der Bundesverfassung garantierte Rechte. Bild: Freie Landschaft Zürich

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Zeit der Wahrsager

In der Hoffnung, dass die Kantonsräte den Ostermontag nur mit dem Suchen von Schokolade verbrachten und nicht mit dem Finden von neuen für die Steuerzahler teuren Vorstössen, darf der Blick diese Woche in die Ferne schweifen. Denn bereits jetzt orakeln journalistische Wahrsager über den November.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Etwas ist im Busch. Nicht nur gut versteckte Ostereier, sondern etwas nicht jährlich Wiederkehrendes: In sieben Monaten wählen die US-Amerikaner ihren Präsidenten. Nochmals den Alten oder nochmals den noch Älteren, den Bisherigen oder den vorher Bisherigen. Auch der Bundesrat ist schon ganz aus dem Häuschen und beauftragte neulich das Aussendepartement damit, die Folgen einer Wiederwahl von Donald Trump abzuklären.

Musik und Sport

Schon seit Monaten beschäftigen sich die Journalisten mit der Frage, wer und was alles den Ausgang der Wahl entscheiden wird. Die Prominenten stehen dabei ganz oben auf der Liste der Einflussfaktoren. Popkönigin Taylor Swift sprach sich vor vier Jahren für Joe Biden aus. Wird sie ihre Fans in diesem Jahr wieder dazu ermuntern? Und wie werden sich die Football-Fans verhalten, seit bekannt ist, dass ein Spieler von Kansas City und Taylor Swift ein Paar sind? Für die diesjährige Wahl gab die Sängerin noch keine Empfehlung ab. Anders Rapper Snoop Dogg. Nachdem er Hillary Clinton und vier Jahre später Joe Biden unterstützte, verkündet er nun «Liebe und Respekt» für Donald Trump.

Gute und schlechte Witze

Oder haben vielleicht Komiker mehr Einfluss als Musiker? Auch das wird heiss diskutiert. Jon Stewart zum Beispiel wird nach jahrelanger Pause seine erfolgreiche TV-Show bis zum Wahltag wieder moderieren, um Joe Biden zum Sieg zu verhelfen. Greg Gutfeld hingegen macht sich in seiner Sendung über den amtierenden Präsidenten lustig, um Trump zu unterstützen. Für die Experten aus der Schweiz ist klar: Die Sprüche, die Trump verhöhn-

nen, sind intellektuell ansprechend. Die Witze auf Kosten von Biden hingegen sind Gepolter, das nur Gesinnungsaplaus hervorruft.

Was wird wessen Wähler mobilisieren? Darüber wird in den amerikanischen Zeitungen seitenlang philosophiert. Das ist amüsanter als Umfragen, die sowieso nie stimmen. Darum kann man sich getrost auch auf Musiker, Komiker, Sportler und Kaffeesatz berufen.

Benzinpreis und Massenzuwanderung

Ach, wie gut haben wir es doch in der Schweiz, wo die Promis keine Weltstars sind. Hier muss über politische Inhalte gesprochen werden. Trotzdem wird es

im November so sein, wie es der Redenschreiber von Bill Clinton einst festhielt: «It's the economy». Es wird eher der Benzinpreis die Wahl entscheiden als eine Sängerin. Aber immerhin müssen die Amerikaner nicht einen medialen Einheitsbrei erdulden wie wir Schweizer. In unserem Fernsehen käme jemand wie Greg Gutfeld gar nicht erst zu Wort.

Eine Gemeinsamkeit mit der Schweiz ist aber vorhanden: die Massenzuwanderung. In den USA geschieht diese an der Südgrenze und ist gewaltig. Dieses Problem kann keine noch so berühmte Sängerin wegsingen.

Weder in Amerika noch in der Schweiz darf schönen Worten blind vertraut werden.



Sie denken noch lange nicht an Ruhestand: Der 77-jährige Donald Trump tritt gegen den 81-jährigen amtierenden Präsidenten Joe Biden an. Bild: Gage Skidmore (Flickr.com)

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Mobilität im Kanton Zürich



Ueli Pfister
Kantonsrat SVP
Egg

Die SVP ist sich bewusst, dass die durch die ungebremsste Zuwanderung explodierende Nachfrage nach Mobilität nur unter Einbezug aller Transportmittel bewältigt werden kann. Mit dem Rahmenkredit für den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) spricht der Kantonsrat die notwendigen Gelder, um das Defizit des ZVV zu finanzieren.

Dieses Defizit wird hälftig durch den Kanton und die Gemeinden getragen. Die Gemeinden beteiligen sich mit einem komplizierten Schlüssel, welcher die Anzahl Haltestellen, den Fahrplankontakt und vieles mehr berücksichtigt. Im schweizweiten Vergleich steht der ZVV mit einem Kostendeckungsgrad von über 60 Prozent sehr gut da. Der ZVV macht einen hervorragenden Job. Nach mehreren Jahren wurden erstmals die Tarife angepasst. Weitere moderate Tarifierungen sind in den nächsten Jahren geplant. Schlussendlich müssen die Angebotsausbauten wie Nachtnetz etc. finanziert werden.

Mit der Strategie des ZVV bestimmt der Kantonsrat die Stossrichtung der weiteren Entwicklung des ZVV in den kommenden Jahren. Wenn sich auch die Stossrichtung nicht sofort in den Kosten

niederschlägt, ist hier Vorsicht geboten. Hier wird es wieder politisch. Von der SP wurde eingebracht, dass der Kostendeckungsgrad nicht zwingend über 60 Prozent sein sollte.

Dieser Antrag würde den Druck auf die Kostenwahrheit nehmen, der Steuerzahler würde über kurz oder lang mehr an das Defizit des ZVV herappen. Grundsätzlich stehen wir dort, wo es Sinn macht und die Kosten nicht explodieren, hinter der Dekarbonisierung-Strategie. Einfach alles mit etwas Vernunft. Die Vernunft bleibt leider im Zusammenhang mit dem Klimawahn der linksgrünen Parteien oftmals auf der Strecke.

Kürzlich lehnte die linke Ratsseite einen moderaten Ausbau des Sonntagsverkaufs ab. Wenn es jedoch dem eigenen Klientel dient, springt man über seinen Schatten: So wurde von der SP gefordert, dass die Verkaufsstellen des ZVV auch an Sonntagen geöffnet sein sollten, damit Fahrräder und Koffer aufgegeben werden könnten. Offenbar ist dies keine Sonntagsarbeit.

Die SVP hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass der ÖV durch die Verkehrsbehinderungsmassnahmen vor allem in den Städten nicht ausgebremst werden darf. Es kann nicht sein, dass Eigentrassees der Busse zugunsten von Velowegen aufgehoben werden. Ein absoluter Irrsinn.

Die SVP unterstützt sämtliche Mobilitätsformen. Nur gemeinsam können wir das grosse Mobilitätsbedürfnis bewältigen.



Mit einem Kostendeckungsgrad von 60 Prozent ist der ZVV im Vergleich zu anderen ÖV-Anbietern ausgesprochen erfolgreich.

Bild: Wikipedia

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Zeit, um Danke zu sagen

Nach gut zweieinhalb Jahren Arbeit endete das Projekt «Anti-Chaoten-Initiative» am Abstimmungssonntag vom 3. März 2024. Am Ende sagten 205 376 bzw. über 40% der Stimmbürger «JA» und fast 300 000 oder 64% stimmten dem Gegenvorschlag zu. Somit wurde der Gegenvorschlag angenommen. Auch wenn dieser nur die 70%-Lösung darstellt, haben wir erreicht, dass in Zukunft eine Bewilligungspflicht für Demonstrationen gelten wird. Noch wichtiger:

Die Kosten für Polizeieinsätze müssen nun endlich an Demonstranten weiterverrechnet werden. Wir konnten etwas bewegen und wir sind stolz darauf, etwas erreicht zu haben.

Teamarbeit führte zu Erfolg

Ohne fleissige Unterstützer wäre dies aber nicht möglich gewesen. Dutzende Mitglieder der Jungen SVP des Kantons Zürich haben über die Jahre viele Stunden an Arbeit investiert und immer wieder zusätzlichen Effort geleistet, um die Initiative zum Erfolg zu bringen.

Doch ohne die SVP Zürich, vom Mitglied bis zum Parteipräsidenten, wäre unser Weg zum Erfolg sehr viel steiniger gewesen.

Wir konnten stets auf die Unterstützung der SVP zählen. Das Sekretariat der SVP hat uns einiges an Arbeit abgenommen und die Mandatsträger haben unser Anliegen in der Kommission, dem Kantonsrat und in der Öffentlichkeit engagiert unterstützt und standen uns mit Rat und Tat zur Seite. Dafür möchten wir allen Beteiligten danken. Doch auch die zahlreichen Sektionen und Mitglieder dürfen nicht vergessen gehen.

Aus allen Ecken des Kantons Zürich wurden uns Unterschriften zugesandt und auch im Abstimmungskampf haben viele, viele Menschen mitgeholfen.

Von den wöchentlichen Standaktionen in der Stadt Zürich bis zum Podium zur Anti-Chaoten-Initiative in Wil ZH am Sonntagmorgen wurde die Kampagne unterstützt. Unser Dank gilt allen Mitgliedern, welche auch noch ein paar Flyer verteilt haben oder auch noch einige Bekannte oder Unbekannte von unserer Initiative überzeugt haben.

Wechsel im Vorstand

Nach einem strengen Jahr, mit zwei Wahlkämpfen und einem nahtlosen Übergang in den Abstimmungskampf,

geht für die Junge SVP Kanton Zürich nun nach dem Abschluss dieser grossen Projekte eine Ära zu Ende.

An der kommenden Generalversammlung werden wir unsere langjährigen Vorstandsmitglieder Thierry Gossweiler und Rico Vontobel verabschieden. Ihr jahrelanger und ausserordentlicher Einsatz für die Junge SVP Kanton Zürich sucht seinesgleichen und verdient eine entsprechende Würdigung. Auch ich werde das Amt des Präsidenten weitergeben – der Zeitpunkt könnte eigentlich nicht besser sein. Die Zahl derer, die sich engagieren wollen, ist ausserordentlich hoch. Es ist Zeit, das Zepter in die Hand der nächsten Generation der JSVP ZH zu geben. Ich weiss, dass die Partei in gute Hände übergeben wird und danke mich für die Unterstützung, die wir in den letzten Jahren erfahren haben.



von
Sandro Strässle



Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Anti-Chaoten-Initiative feierte die Junge SVP einen grossen Erfolg.

Bild: Junge SVP

GENERALVERSAMMLUNG DER SVP WEININGEN

Am Gängelband von Bund und Kanton

Am Freitag, 22. März, fand sich eine stattliche Zahl von Mitgliedern zur jährlichen Generalversammlung im Lindensaal ein. Interimspräsident Roland Wüthrich begrüßte zu Beginn den Gemeindepräsidenten Mario Okle sowie amtierende und ehemalige Amtsträger der SVP.



Die GV verband Politisches und Kulinarisches.

Bild: ZVG

Im ersten Geschäft orientierten der Gemeindepräsident und der Projektleiter über die anstehende Sanierung des Weiher, den Hochwasserschutz im Siedlungsgebiet sowie die ökologischen Massnahmen beim Lenggenbach. Mario Okle betonte, dass die Gemeinde wohl den grössten Teil der Kosten zu tragen habe, sich aber am Gängelband zwischen dem Bund und dem Kanton fühle

und sehr wenig mitzubestimmen habe. Der Unmut war auch in der anschließenden Diskussion aus der Versammlung hörbar.

Roland Wüthrich bedankte sich mit einem Geschenk bei den Referenten und kam in einem zweiten Schritt zu den statuarischen Geschäften der Generalversammlung. In seinem Jahresbericht würdigte er mit einer Schwei-

geminute das Wirken des leider im September verstorbenen Parteipräsidenten Wilfried Werffeli. Die Jahresrechnung schloss mit einem Verlust von Fr. 5 117,34 und wurde von der Versammlung einstimmig genehmigt. Ebenfalls gutgeheissen wurden das Jahresprogramm und die Organisation der 1.-August-Feier.

Unter dem Traktandum Wahlen gab Lotti Leibacher ihren Rücktritt nach zehn Jahren im Vorstand bekannt. Der Präsident bedankte sich mit einem Blumenstraus für ihr Wirken und ihr Engagement. Neu in den Vorstand wurden Jasmin Jenny und Roman Fleisch gewählt.

Ein Präsident konnte noch nicht gefunden werden. Somit leitet Roland Wüthrich die Geschäfte der Partei interimistisch weiter. Nach Abschluss der Geschäftsliste bedankte sich der Vorsitzende bei seiner Kollegin und seinen Kollegen vom Vorstand für ihre Arbeit und ihr Engagement. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss er die speditiv geführte Versammlung und leitete über zum gemütlichen Teil. Ein feines Nachtessen rundete die gelungene Veranstaltung ab.

Hanspeter Haug, SVP Weiningen

WAS DÜRFEN ASYLBEWERBER EIGENTLICH ALLES?

Feindliche Eritreer-Lager im Gewaltrausch

Politische aktive Eritreer in der Schweiz werden immer gewalttätiger. Etwa 180 Eritreer griffen am Ostersonntag in Gerlafingen SO etwa 350 Landsleute an, die an einem Fest zu Ehren des Staatschefs Isayas Afewerki zusammenkamen.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH

Angegriffen wurden Afewerkis Verteidiger mit Steinen und Eisenstangen. Die Kantonspolizei Solothurn setzte Schutzhunde, Wasserwerfer und auch Tränengas ein. Zwei Personen wurden beim Einsatz leicht verletzt. Mehrere Personen wurden gemäss Kantonspolizei kontrolliert, zu vorläufigen Festnahmen kam es nicht. Warum eigentlich nicht? Im Einsatz standen rund 60 Polizisten der Kantonspolizei Solothurn und Bern. Beim Fest für den «Diktator» soll auch für den eritreischen Staat Geld gesammelt worden sein.

Offenkundiger Missbrauch

Solche Unruhen fanden ja nicht das erste Mal statt. Es ist Zeit, hier einmal klare Kante zu zeigen. Wie ist es mög-

lich, dass Menschen vor einem Diktator fliehen und diesen dann im Gastland feiern? Eritreer waren jahrelang die grösste Fluchtgruppe in der Schweiz. Hier stimmt etwas nicht. Man könnte die Verehrer des eritreischen Staatspräsidenten doch ohne Probleme abschieben. Es liegt ja keine Verfolgung durch den Staat vor.

In der Schweiz leben fast 50 000 Eritreer, viele davon vorläufig aufgenommen. Mittlerweile gibt es rivalisierende Gruppen, welche ihre Konflikte in der Schweiz austragen.

Ebenfalls gibt es Eritreer mit Landesverweis, welcher bis heute nicht vollzogen werden kann. Der Bundesrat hat erklärt, dass ihm die Hände gebunden seien, da Eritrea mit keinem Staat der Welt ein Rückübernahmeabkommen habe. Und trotzdem können Eritreer weiterhin in die Schweiz einwandern.

Der Bundesrat antwortete auf eine Frage der Zürcher Nationalrätin Nina Fehr Düsel klar, aber doch etwas hilflos: «Gefährden sie jedoch anlässlich

von gewalttätigen Demonstrationen die öffentliche Sicherheit und Ordnung, so müssen Bund und Kantone im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten konsequent dagegen vorgehen.»

Asylbewerber sollen nicht politisieren

Müssen Asylbewerber in der Schweiz wirklich politisieren? Sie beanspruchen damit die Infrastruktur des Gastlandes. Und das mithilfe einer Betreuungsindustrie und gewissen Asylwaltskreisen.

Und gewalttätige Asylbewerber haben ihr Asylgesuch definitiv verwirkt. Basta! Der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr sagt, dass regimetreue Eritreer keinen Schutzstatus mehr bekommen sollten. Das ist wohl der richtige Ansatz.

Aber der Gewaltausbrüche der anderen Gruppe muss man ebenfalls Herr werden. Und hier sieht man in der schweizerischen Politik und beim zuständigen SP-Bundesrat Jans leider keinerlei Bewegung.

ANLASS VON SVP SCHLIEREN UND GARTENVEREIN BETSCHENROHR

Osterhasen leuchteten im Betschenrohrareal

Der Gartenverein Betschenrohr und die SVP Schlieren organisierten am Ostersonntag, dem 30. März 2024, eine «Ostereiersuche» im Gartenareal Betschenrohr. 35 Familiengärten öffneten ihre Gartentore, um einen vertieften Einblick in die Kultur der Schrebergärten zu gewähren.

Die Organisatoren wurden von den vielen Besuchern positiv überrascht. Es kamen rund 100 Kinder, nahezu alle in Begleitung von ein bis zwei Erwachsenen, in das frei zugängliche Gartenareal Betschenrohr. Ausgestattet mit einem Gartenarealplan wurden die Eiersuchenden auf die Suche geschickt. Die Kinder durchstöberten mit ihren Eltern das Areal und suchten in den angegebenen Gärten nach den versteckten Eiern.

Wie beim Orientierungslauf wurde der Fund mit einem Stempel auf dem Plan bestätigt. Als Abschluss der Tour gab es als Belohnung einen feinen Schog-

gihasen. Die Kinder gönnten sich den grossen Schoggihasen, die älteren Suchenden entschieden sich eher für den kleineren, edlen Hasen, den ein Glöckli zierte.

Die oft gehörte Frage «dürfen wir nächstes Jahr wiederkommen» bedeutete für die Organisatoren das grösste Lob. Das Gartenareal Betschenrohr ist für jede Person offen und frei zugänglich. Dieser Anlass zeigte den Organisatoren, dass das Gartenareal so wie es ist, sehr geschätzt wird.

Vorstände Familiengartenverein Betschenrohr und SVP Schlieren



Der Gartenarealplan wies den Weg zu den versteckten Eiern.

Bild: ZVG

Einladung zur öffentlichen Podiumsdiskussion

«Windkraftenergie: Fluch oder Segen?»

Mittwoch, 10. April 2024, 19.30 Uhr
Gasthof Löwen, Seestrasse 595, 8706 Meilen

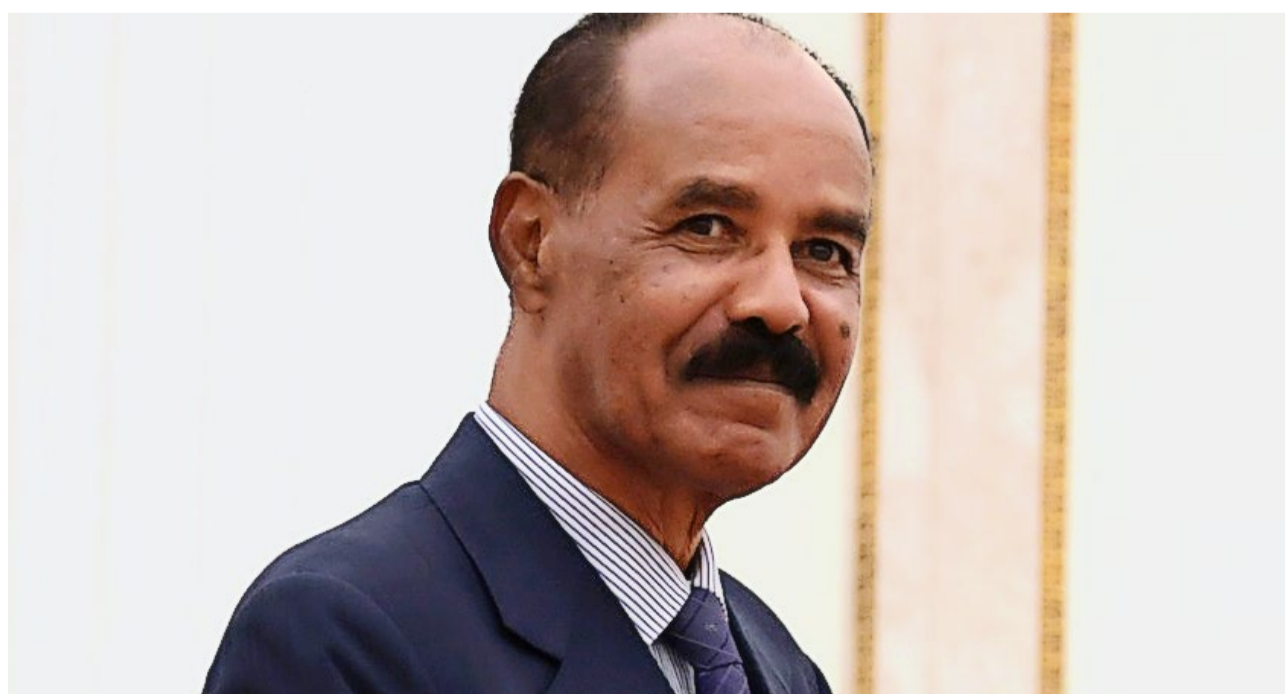
Unter der Leitung von Christian Dietz-Saluz,
ehem. Redaktionsleiter der Zürichsee Zeitung, diskutieren:

Paul
von Euw
SVP-Kantonsrat
EnergiefachmannCédric
Aubert
Leiter Axpo
Wind SchweizMartin
Maletinsky
Präsident Freie
Landschaft ZürichDavid
Galeuchet
Grüne-Kantonsrat
Energiefachmann

Programm: 19.15 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Podiumsdiskussion und Fragen
Im Anschluss wird ein Apéro offeriert



www.svpbezirkmeilen.ch



Importierter Konflikt: Die Anhänger und Gegner des eritreischen Diktators Isayas Afewerki bekämpfen sich auf Europas Strassen.

Bild: Wikipedia

REDE AN DER KADERTAGUNG 2024 DER SVP KANTON ZÜRICH

Tipps und Grundsätze für die Führung einer Ortspartei

Die Führung einer Ortspartei ist eine intensive Arbeit, die vorab Herzblut und Engagement für die Anliegen der SVP erfordert. Führungsarbeit heisst nicht verwalten! Die Arbeit an der Basis, in der Ortspartei, ist die Grundlage für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft unseres Landes.



Ueli Maurer
Alt Bundesrat SVP
Bauma

Es war noch nie einfach, Leute in einer Partei für die politische Arbeit zu motivieren. Wir alle kennen die Argumente, weshalb man sich grundsätzlich nicht auf eine Partei festlegen will, weshalb es zeitlich gerade nicht geht oder weshalb man findet, dass man für eine solche Arbeit das nötige Rüstzeug nicht hat. Trotzdem bietet gerade das aktuelle Umfeld gute Voraussetzungen, um Personen aus allen Bevölkerungsteilen und Altersgruppen für die Mitarbeit in der Ortssektion zu gewinnen. Wenn wir unseren Wähleranteil in den Gemeinden mit den Mitgliederzahlen der Ortssektion vergleichen, besteht tatsächlich viel Luft nach oben. Eine aktive Mitarbeit, eine regelmässige Information, auch im geselligen Rahmen, wird die Stimmbeteiligung verbessern und damit unsere Anliegen stärken. Dazu im Folgenden vier Punkte.

Sagen, was man denkt!

Wir kennen sie alle, die Kolleginnen und Kollegen, die frustriert schweigen, weil sie sich nicht mehr getrauen, ihre Meinung öffentlich kundzutun. Sei das wegen der Diskussion um die ganzen «Woke-Fragen», um die Zuwanderung, um Corona, Energie- und Klimafragen usw. Wer sich nicht im Sinne des öffentlichen Mainstreams äussert, gerät in Gefahr, in eine Ecke gestellt und buchstäblich von der Gesellschaft aussortiert zu werden. Die Macht der Worte kann dann erdrückend sein. Man wird zum Klimaleugner, zum Coronaleugner, zum Rassisten, zum Nazi, zum Schwurbler, zum Staatsverweigerer, zum Ewiggestrigen usw. erklärt. Sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger resignieren daher und schweigen lieber. Im besten Fall spricht man noch mit engen Freunden hinter vorgehaltener Hand darüber.

Das darf in unserer Demokratie nicht sein. Unsere Verfassung garantiert die Meinungs- und Redefreiheit. Der Dialog, auch in der Öffentlichkeit, muss gewährleistet sein. Selbstverständlich sind dazu Regeln einzuhalten. Aber Querdenker, die ihre Meinung begründen und sich zu Problemen äussern, sind alleweil besser als all die frustrier-

ten Schweiger. Es ist die Aufgabe unserer Sektionen, hier ein Klima zu schaffen, das den offenen Austausch fördert. Man muss sagen dürfen, was man denkt. Das ist nicht mehr immer der Fall und ist letztlich ein schlechender Werteverlust. Eine Gesellschaft muss aber ihre Werte pflegen. Sie sind ein Teil unserer Identität, des Heimatgefühls, des Engagements für die Öffentlichkeit.

Die SVP ist die Erfolgspartei

Die Leute identifizieren sich gerne mit den Siegern. Die SVP ist erfolgreich. Immer wieder – an jeder Parteiversammlung – ist daran zu erinnern, dass die Schweiz nur Dank der SVP nicht EU-Mitglied ist. Dank der SVP ist unsere Mitbestimmung noch intakt und wir sind nicht Teil der EU-Politik, beispielsweise aktuell im Ukrainekrieg. Seit Jahren weist die SVP gegen den Widerstand des Bundesrates und der anderen Parteien auf die zunehmenden und ungelösten Probleme mit der Migration hin. Jetzt scheint es langsam zu dämmern. Wäre man uns gefolgt, hätten wir die Probleme früher angegangen. Das Gleiche gilt für die zunehmende Kriminalität und Gewalt. Jetzt ist man – viel zu spät – bereit, zu akzeptieren, dass wir es vor allem mit einer Ausländerkriminalität zu tun haben. Man durfte es nicht mehr laut sagen. Das gleiche gilt für eine stärkere Armee, für eine Landwirtschaft, die Nahrungsmittel produziert. Wir wurden verhöhnt und ausgelacht. Jetzt erhalten wir in all unseren Kernthemen recht. Diese Haltung teilen weit mehr Personen als Mitglieder. Es geht darum, sie abzuholen und zur Mitarbeit zu motivieren. Das ist einfacher als für die Verliererparteien. Wir sind die Partei, die die richtigen Themen erkannt hat und auch aktuell bearbeitet.

Persönlichkeiten und Personalplanung

Um unsere Politik an die Frau beziehungsweise an den Mann zu bringen, braucht es Persönlichkeiten, die diese Werte teilen. Auftritte kann man üben und schulen. Machen wir uns bei der Suche nach solchen Persönlichkeiten Erfahrungen aus der Tierhaltung zu nutzen. Das ist gar nicht despektierlich gemeint. Aber «Artgenossen» verstehen sich und leben gemeinsam besser. Das gilt auch für uns. Fragen Sie nicht einzelne Personen, sondern versuchen sie bereits bestehende Verbindungen anzugehen. Sei es bei Jungen, bei Frauen,

bei Bauern, bei Gewerblern, Angestellten und so weiter. Die Hürde für eine Mitarbeit oder einen Parteibeitritt ist tiefer, wenn sie von mehreren «Artgenossen» gemeinsam und gleichzeitig gemeistert werden.

In der Regel kennt man ja bestehende Freundschaften und es ist dann der stete Tropfen, der den Stein höhlt. Es braucht Geduld und gute Argumente. Ich habe immer wieder festgestellt, dass sich angesprochene Frauen oder Männer letztlich auch geehrt fühlen, wenn man genau ihre Personen mit diesen Qualitäten braucht. Das Zeitargument kann man fast nicht gelten lassen. Wer hat schon Zeit? Man muss sich die «Zeit nehmen», um sich für eine notwendige Sache zu engagieren.

Vier-Jahres-Planung, Anlässe und Teambildung

Um zu sagen, was man denkt, um die politischen Erfolge in Erinnerung zu rufen und weiterzuentwickeln, um Persönlichkeiten für die Arbeit zu gewinnen, braucht es einen Rahmen. Bei den alten Römern sprach man von Brot und Spielen. Für uns gilt es, nicht nur steife politische Anlässe, Podien usw. zu organisieren, sondern auch einen geselligen Rahmen zu finden, der den persönlichen Austausch fördert. Je technischer und anonym der Alltag wird, desto wichtiger sind persönliche Kontakte. Politik ist immer auch Teamarbeit – gemeinsam für etwas einzustehen. Das Politische mit dem Geselligen zu verbinden, heisst, einen Rahmen zu schaffen, in dem das Vertrauen wächst. Unsere Wähler suchen nach Werten, nach Herkunft und Stabilität.

Um sichtbar wahrgenommen zu werden, sollte auch eine Ortspartei ein Programm für vier Jahre entwickeln. Das erleichtert die Arbeit und ermöglicht die Mitarbeit der Mitglieder, was auch deren Bindung an die Partei stärkt. Zudem ist Kontinuität ein wichtiger Faktor für die Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit.

Die mittel- und längerfristige Planung muss auch im personellen Bereich angestrebt werden. Feuerwehrübungen vor Wahlen sind nicht hilfreich.

Ein motiviertes Einstehen für die Werte unseres Landes als Präsidentin oder Präsident einer Ortssektion oder als Vorstandsmitglied ist wichtig. Die Frage, die unsere Enkel einmal stellen, wird sein: Du warst dabei, warum hast du nichts gemacht?



Die Rede von alt BR Ueli Maurer an der Kadertagung der SVP Kanton Zürich lieferte wichtige Impulse, um die Arbeit in den Sektionen zu verbessern.

Bild: ZVG

UMSTRITTENER MANTELERLASS

Streit um die Energie



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Das neue Stromgesetz, über das wir am 9. Juni abstimmen, wird nicht funktionieren. Der zuständige Energieminister sagt denn auch nirgendwo, dass es sich hierbei um die Lösung der Stromprobleme handle. Es geht vielmehr um einen Kompromiss mit dem linksgrünen Lager, und die bürgerlichen Befürworter sagen, wir könnten es ja immer noch anders machen, sollte sich das Gesetz nicht bewähren.

Nur verlieren wir so viele Jahre und zahlen viel mehr für den Strom, ohne viel mehr Strom zu haben. Stattdessen sollten wir endlich das Forschungsverbot für Kernenergie aufheben. Die modernen Kernkraftwerke sind weit fortgeschritten, aber wir bleiben stehen. Dabei hat die moderne Kernenergie von allen Energieträgern die meisten Vorteile und die wenigsten Nachteile.



Dunkle Gewitterwolken über der Strompolitik: Der Strom wird weniger und teurer.
Bild: FuFu Wolf (Flickr.com)

NEUBEWERTUNG DER LIEGENSCHAFTEN

Parlamentarische Initiative der SVP fordert Härtefallregelung

DR. Wie der Zürcher Bote berichtete, ist aktuell die Vernehmlassung zur Neubewertung von Liegenschaften und zur Festsetzung der Eigenmietwerte im Kanton Zürich im Gange.

Letztmals wurde diese Bewertung 2009 vollzogen. Ein richterlicher Entscheid macht diese Neubewertung nun unumgänglich. Die zu erwartende Steuererhöhung wird für viele Haushalte zur Belastung. Rentner sind besonders stark betroffen, weil mehrere Gerichte kürzlich festgestellt haben, dass für die Härtefallregelung die gesetzliche Grundlage fehlt.

Diese Praxis hat bis anhin ermöglicht, Steuererleichterungen an Eigentümern von Immobilien zu gewähren, die über ein geringes Einkommen verfügen, insbesondere an Rentner, die zwar ein Haus besitzen, aber von einer bescheidenen Rente leben. Diese Regelung bezweckte, zu verhindern, dass finanziell schlechter gestellte Eigentümer gezwungen werden, ihr Eigentum zu verkaufen, um ihre Steuerschulden begleichen zu können.

Die SVP-Kantonsräte Marc Bochsler (Wettswil), Tobias Weidmann (Hettlingen) und Patrick Walder (Dübendorf) haben deshalb am 25. März 2024 eine Parlamentarische Initiative zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert eingereicht. Der Regierungsrat

Bundesrat Rösli sagt richtigerweise, dass wir unsere Kernkraftwerke so lange am Netz lassen, wie es technisch geht. Das ist schon einmal eine deutliche Abkehr von der «Energie-wende» unter Bundesrätin Doris Leuthard, die kopflos Deutschland kopiert hat. Dabei hat sich Merkel einzig gegen die Kernenergie gewandt, um mit den Linken die Wahlen zu gewinnen. Doch wer das sachlich Richtige verlässt, bloss um die eigene Macht zu erhalten, schadet der Heimat.

Auch unser Bundesrat hat damals wegen der angeblichen «Stimmungslage» nach Fukushima den Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen. Und jetzt ist wegen der damaligen falschen Weichenstellung die ganze Politik auf dem falschen Weg. Umso wichtiger ist es, am 9. Juni NEIN zu sagen zum verfehlten Stromgesetz. Wenn die SVP das Richtige tut, notfalls auch gegen den tüchtigen eigenen Bundesrat, ist das nicht neu. Schon in der Europapolitik waren wir dazu gezwungen. Und niemand hat daran Schaden genommen, weder die SVP noch ihr Bundesrat – und schon gar nicht Land und Volk.

E gfreuti Wuche!

wird beauftragt, bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative mit folgendem Antrag einzureichen:

1. Schaffung einer klaren gesetzlichen Grundlage: Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die es ermöglicht, den Eigenmietwert unter Berücksichtigung von Härtefällen flexibel zu besteuern, ohne dabei gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung zu verstossen. Diese Gesetzgebung soll insbesondere sozial schwächere Eigentümer schützen und dabei die Eigentumsrechte und die finanzielle Belastbarkeit berücksichtigen.
2. Definition von Härtefällen: Die neue Gesetzgebung soll Kriterien definieren, unter welchen Umständen eine Person als Härtefall betrachtet werden kann, um so eine faire und gerechte Besteuerung zu gewährleisten.

Die Initianten argumentieren, es sei «unerlässlich, dass wir einen Weg finden, der eine gerechte Besteuerung ermöglicht, ohne dabei jene zu benachteiligen, die bereits finanziell an ihre Grenzen stossen. Die Schaffung einer klaren gesetzlichen Grundlage würde es unserem Kanton erlauben, eine ausgewogene und gerechte Steuerpolitik zu verfolgen, die die individuellen Umstände ihrer Bürger berücksichtigt.»

Fadegrad



von
Samuel Balsiger

Der Klima-Weltuntergang ist vertagt

Erinnern Sie sich noch an das Wahljahr 2019? Damals war das Hauptthema in den Kartellmedien die sogenannte Klimakrise. Täglich schürten die linken Politiker und ihre willfährigen Handlanger in den Redaktionsstuben die irrationale Angst vor dem Weltuntergang. In der Mediendatenbank finden sich für das Wahljahr 2019 fast 30000 Zeitungsartikel dazu. Das Jahr 2030 war damals noch weit weg. Es sollte die Schwelle markieren, bei welcher der Point of no Return erreicht sein wird. Also der Punkt, an dem sich die «Klimakatastrophe» nicht mehr aufhalten lässt. Einzig, wenn die Schweizer brav Rotgrün wählen würden, liessen sich die Klimagötter beruhigen und der Untergang verhindern. Das war damals der Tenor in den Zeitungen. Die Grünen legten tatsächlich massiv zu. Die Medienkampagne verding. Dass die Schweiz lediglich für 0,1 Prozent des menschgemachten CO₂-Ausstosses verantwortlich ist und global gesehen unsere milliardenschweren Massnahmen bedeutungslos sind, ging im Mediengetöse unter.

Unterdessen müssen sich die Menschen aber mit realen Problemen rumschlagen. Kriege in Europa und im Nahen Osten oder ein finanziell stark bedrängter Mittelstand. Und das Jahr 2030 ist gefühlt auch nicht mehr weit weg. Und plötzlich sind auch die Meldungen über den Klima-Weltuntergang fast vollständig aus den Schlagzeilen verschwunden. Niemand sagt heute noch, dass in sechs Jahren die Welt untergeht. Es klänge auch lächerlich. Unterdessen haben die linken Schreiberlinge eine neue Sau gefunden, die sie durch das Dorf treiben können: den Rechtsextremismus! Im laufenden Jahr gibt es in der Mediendatenbank dazu bereits über 20000 Treffer. Wie bei der «Klimakatastrophe» sprechen auch hier die Fakten eine andere Sprache. In den Jahren 2016 bis 2022 erfasste der Nachrichtendienst 13 gewalttätige rechtsextreme Ereignisse. Im gleichen Zeitraum gab es aber 630 linksextreme Gewalttaten. Warnen die Medien vor dem Linksextremismus? Sicher nicht. Denn sie sind mehr der linken Ideologie anstatt der Wahrheit verpflichtet. Dass wir als Bürger den Medien kaum mehr trauen können, ist eine Gefahr für die Demokratie. Denn durch das wachsende Misstrauen gegenüber den Journalisten kapseln sich immer mehr vom demokratischen Prozess ab. Diese Gruppe nennt man «News-Deprierten» und sie wächst seit einigen Jahren kontinuierlich. Sie liegt 2022 mit einem Anteil von 38 Prozent in der Bevölkerung auf einem neuen Höchststand und ist besonders bei jungen Erwachsenen stark vertreten. Denn wer will sich durch die linken Journalisten schon dauernd belügen lassen?

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 27. MÄRZ 2024

Gewalt eskaliert: SVP fordert radikalen Kurswechsel

Dem Staat ist die Kontrolle entglitten: Die importierte Gewalt und Kriminalität steigen massiv an.

Erschreckend ist besonders die Eskalation bei der Jugendgewalt mit Stichwaffen. Als «Schutzmassnahme» vor einer kleinen Gruppe von Intensivtätern bewaffnen sich Schweizer Jugendliche mit Messern. Deshalb steigen die Delikte mit Stichwaffen rasant an. Der Stadt- und Gemeinderat wollten in der Vergangenheit das Problem aber nicht lösen, weil der Lösungsansatz von der SVP kam.

Die SVP stellt erneut ihre Forderung nach einem radikalen Kurswechsel bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität.

SVP-Vorstösse im Gemeinderat

Bereits am 1. Februar 2023 wies die SVP im Gemeinderatsvorstoss 2023/49 auf die Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften «Jugenddelinquenz in der Schweiz» hin. Darin steht: «Rund 5 Prozent der Jugendlichen begehen drei Viertel aller berichteten Straftaten.» Als Gegenreaktion auf die von dieser Gruppe ausgehenden Gewalt bewaffnen sich immer mehr Jugendliche mit Stichwaffen. Zieht der Staat die kleine Gruppe von jugendlichen Intensivtätern aus dem Verkehr, geht die Jugendkriminalität um mindestens 75 Prozent zurück. Wahrscheinlich ist sogar eine Abnahme um 90 Prozent.

Auf dem linken Auge blind

Doch die linke Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat wollte von einer Eingliederung der Intensivtäter in die Gesellschaft nichts wissen. Die linke Mehrheit lehnte den SVP-Vorstoss 2023/49 ab. Auch lehnten SP, Grüne, Antifa-AL, GLP und der Stadtrat den SVP-Vorstoss 2023/46 ab, der die eskalierende Jugendgewalt zu einem Legislaturschwerpunkt machen wollte. Der Sprecher der Antifa-AL nannte die Forderung, der Jugendgewalt mehr Aufmerksamkeit zu schenken, doch tatsächlich «rechte Propaganda». Die Linken wollen die Realität bewusst nicht sehen, weil sie die ausländischen Täter schützen wollen.

SVP zeigt Lösung auf

Als Antwort auf die SVP-Interpellation 2023/51 schrieb der Stadtrat sogar: «Eine eigene Strategie des Stadtrates gegen die Jugendgewalt ist nicht nötig.» Nun zeigen die neusten Zahlen: Die Gewalt eskaliert. Die Zahlen sind beängstigend. Es braucht nun einen radikalen Kurswechsel, weg von der linken Verharmlosung und Kuschejustiz. Die SVP reichte am letzten Mittwoch nochmals zwei Postulate mit diesen Forderungen ein:

– Die 5 Prozent der Jugendlichen, die für drei Viertel aller Straftaten verantwortlich sind, müssen endlich aus dem Verkehr gezogen werden.

– Der Stadtrat muss schleunigst eine Strategie gegen die eskalierende Jugendgewalt und gegen die Gewalt mit Stichwaffen entwickeln.

Wir fordern den Stadt- und Gemeinderat auf, diese Forderungen zu unterstützen oder mit Textänderungen sich konstruktiv einzubringen. In einer zusätzlichen Interpellation will die SVP vom Stadtrat unter anderem wissen: Welche Nationalitäten haben die Täter bei Gewaltdelikten?

Gemeinderatsfraktion
der SVP Stadt Zürich



Vor allem die Messergewalt nimmt im Kanton Zürich massiv zu. Die Täter sind fast ohne Ausnahme Ausländer. Bild: ZVG

AUS DEM BÜLACHER GEMEINDERAT

Stadtwachstum beflügelt Ausgaben

Bülach ist eine attraktive Stadt und zieht viele Zuzüger an. Das Bevölkerungswachstum macht Investitionen in die öffentliche Infrastruktur notwendig, die das Budget stark belasten.



Thomas Obermayer
Präsident Stadtparlament
SVP
Bülach

Mein Präsidialjahr im Stadtparlament von Bülach neigt sich mit dem kommenden Montag dem Ende zu. Während meiner dreizehmonatigen Amtszeit fanden acht öffentliche Sitzungen statt. Zwei weitere Sitzungen, die ursprünglich geplant waren, musste ich absagen. Die durchschnittliche Dauer dieser Zusammenkünfte betrug 2 Stunden und 8 Minuten, wobei die kürzeste Sitzung lediglich 50 Minuten in Anspruch nahm. Aus diesen Zahlen könnte vorschnell der Schluss gezogen werden, dass unser Arbeitspensum eher gering war.

Über 100 Mio. CHF Mehrausgaben

Jedoch spiegeln diese Zahlen nicht den Umfang der geleisteten Arbeit wider. Im vergangenen Legislaturjahr hat das Stadtparlament Beschlüsse gefasst, die finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 105.71 Millionen CHF – zusätzlich zum regulären Jahresbudget – betreffen. Das entspricht einem Durchschnitt von nahezu 100000 Schweizer Franken pro Sitzungsminute. Könnte man daraus schliessen, dass weniger Sitzungszeit zu geringeren Kosten führen würde, hätte ich sicherlich mehr Sitzungen abgesagt. Die Realität zeigt jedoch, dass nahezu alle diese Ausgaben aufgrund des starken Bevölkerungswachstums notwendig waren und sich nicht verschieben liessen.

Bevölkerungswachstum schafft Investitionsbedarf

Bülach hat in den letzten fünf Jahren ein Bevölkerungswachstum von 13 Prozent verzeichnet, bei einem gleichbleibenden Altersdurchschnitt. Dies deutet darauf hin, dass die Zahl der Neugeborenen und Zugezogenen ausreicht, um die natürliche Alterung der Bevölkerung auszugleichen. Die Stadt erweist

sich als besonders attraktiv für Familien: Sie liegt in unmittelbarer Nähe zur Natur, ist gut erschlossen und bietet alles, was für den täglichen Bedarf benötigt wird. Doch dieses Wachstum erfordert massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, welche mit dem verdichteten Wohnungsbau kaum Schritt halten kann. Es mangelt an Schulräumen, Sportplätze sind Mangelware und ständig überbucht. Auch der Besuch des Freibads im Sommer ist längst keine Freude mehr.

Baldige Steuererhöhung?

Interessanterweise bemerke ich, dass selbst Mitglieder der SVP stolz auf das Wachstum ihrer Gemeinden hinweisen – eine Haltung, die ich persönlich nie ganz nachvollziehen konnte. In Bülach führen die notwendigen Investiti-

onen in Schulen und Sportinfrastruktur zu einer Schuldenlast von über 200 Millionen Franken. Das städtische Nettovermögen wird voraussichtlich bald ins Negative rutschen und ab dem Jahr 2027 ist nicht mehr mit einer ausgeglichenen Haushaltsrechnung zu rechnen. Steuererhöhungen scheinen unausweichlich, wobei es wünschenswert wäre, wenn zumindest die Steuerkraft der Einwohner zunehmen würde. Dennoch bleibt diese mit 2643 CHF pro Kopf weit hinter dem kantonalen Durchschnitt von 4096 CHF (ohne Zürich) zurück.

Einfamilienhäuser statt Wohnkasernen

Eine Möglichkeit, Einsparungen vorzunehmen, bietet sich beim nun anstehenden Ausbau der Sportinfrastruktur.

Sich in der Lokalpolitik aus Kostengründen gegen die eigenen Sportvereine zu stellen, käme jedoch einem politischen Selbstmord gleich.

Zwar ist es theoretisch möglich, doch würde man in einem solchen Duell nicht nur hochkant verlieren, sondern auch Wähleranteile einbüßen. Folglich ist guter Rat teuer.

Für Bülach zeichnet sich eine weitere Entwicklung ab. Das Gebiet «Mettmerriet» stellt die letzte grosse Baulandreserve in Bülach dar und umfasst etwa 80000 Quadratmeter, die noch bebaut werden könnten.

In Anbetracht dieser Situation spiele ich mit dem Gedanken, eine Umzonung zu einem Einfamilienhausquartier anzustossen. Dies würde die Bevölkerungsdichte reduzieren und das Einkommensniveau der ansässigen Bevölkerung erhöhen. Auch das ist schwierig zu finanzieren, langfristig, aber sinnvoller.



Der Infrastrukturausbau kann mit dem Bevölkerungswachstum kaum Schritt halten.

Bild: Onnola (Flickr.com)

MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ VOM 2. APRIL 2024

SVP verlangt konkrete Taten von Bundesrat Jans gegen das Asyl-Chaos

In seinen ersten 100 Tagen im Amt kündigte Asylminister Beat Jans medienwirksam kleinere Verschärfungen im Asylbereich an. Konkrete Taten, um die Zahl der Asyl-Migranten nachhaltig zu senken, fehlen aber immer noch. Die SVP nimmt ihn beim Wort und erwartet eine baldige Umsetzung von weitergehenden Massnahmen – zumal wirksame Lösungen auf dem Tisch liegen.



Junge und häufig kriminelle Männer ohne Asylanspruch missbrauchen heute das Asylwesen en masse. Bild: SVP Schweiz

An der heutigen Medienkonferenz zog Asylminister Beat Jans Bilanz über seine ersten 100 Tage im Amt. In dieser Zeit kündigte er medienwirksam kleinere Verschärfungen im Asylbereich an.

Ankündigungen alleine lösen keine Probleme

Konkrete Ergebnisse wie die nachhaltige Senkung der Zahl der Asyl-Migranten hat er bislang jedoch nicht geliefert. Stattdessen wiederholte er an der Medienkonferenz seine Ankündigungen. Es sollen

- bis Ende April die 24-Stunden-Verfahren auf alle Bundesasylzentren ausgeweitet werden. Damit werden Gesuche aus Herkunftsstaaten mit einer Asylgewährungsquote von weniger als 1 Prozent – insbesondere aus Algerien, Marokko und Tunesien – innerhalb von 24 Stunden erstinstanzlich entschieden.
- bei kriminellen Asylanten alle strafrechtlichen Möglichkeiten inklusive Ausschaffung ausgeschöpft werden.
- mehr Mittel für Sicherheitspersonal in den Asylzentren bereitgestellt werden.
- die Asylzentren an den Wochenenden schliessen, damit sie von Schein-Flüchtlings nicht mehr als Not-Schlafstellen missbraucht werden.

Das sind No-News. Diese Ankündigungen wurden alle schon in der Vergangenheit gemacht.

Wenn es wirklich die Absicht von Bundesrat Jans ist, das Asyl-Chaos zu bekämpfen, dann muss er nun Nägel mit Köpfen machen und wirkliche Verschärfungen umsetzen, um das Asyl-Chaos zu bekämpfen.

Es müssen Taten folgen

Bis heute hat Bundesrat Jans jedoch weder klare Umsetzungspläne vorgelegt noch kommuniziert, wann wirkliche Verschärfungen umgesetzt werden sollen. Die SVP erwartet, dass Bundesrat Jans seinen Worten unverzüglich Taten folgen lässt. Verschärfungen sind angesichts des grassierenden Missbrauchs des Asylsystems durch Schein-Flüchtlings und Kriminelle dringend nötig. Um das Asyl-Chaos effektiv zu stoppen, fordert die SVP folgende Massnahmen:

- Eine konsequente Rückführungsoffensive – wer kein Aufenthaltsrecht in der Schweiz hat, muss das Land ohne Wenn und Aber verlassen.
- Die systematische Kontrolle der Landesgrenzen. Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel oder anderweitige Einreiserechtigung ist die Einreise in die Schweiz zu verweigern.

- Auf Gesuche von Personen, die aus sicheren Drittländern in die Schweiz kommen wollen, ist nicht einzutreten.
- Die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung ist zu gewährleisten, indem Migranten und Asylanten in geschlossenen Zentren untergebracht werden, wenn ihre Identität ungeklärt ist oder wenn sie aus einem Gebiet mit starker Präsenz terroristischer, gewalttätiger, extremistischer Gruppierungen oder radikaler Strömungen kommen. Kriminelle sowie renitente Asylanten sind ebenfalls in geschlossenen Zentren unterzubringen.

Die SVP setzt sich für die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung ein. Die SVP erwartet, dass Bundesrat Jans die Vorschläge der SVP, um das Asyl-Chaos zu stoppen, entgegennimmt und weitere Verschärfungen umsetzt.

Importierte Kriminalität: Lesen Sie hier, was fast täglich auf unseren Strassen passiert: <https://www.svp.ch/neue-normalitaet/>



WOKE-LINKE ANMASSUNGEN

Ein Hase, der Eier legt

Die Woke-Lobby betreibt einen rücksichtslosen Kulturkampf gegen unsere Werte und Traditionen. Die ehrwürdige «Mutter» wird zur «gebärenden Person». Widerstand tut Not.



Maria Rita Marty
Alt Kantonsrätin SVP
Gutenswil

Wir haben am letzten Sonntag Ostern gefeiert. Eigentlich haben wir nicht die Auferstehung von Jesus gefeiert, sondern das Fest des Eierlegenden Osterhasen.

Bis vor kurzer Zeit hat man noch die Auferstehung von Gottes Sohn gefeiert und gleichzeitig auch noch Ostereier versteckt und Hasen geschenkt. Heute ist nur noch der Eierlegende Osterhase in den Läden zu finden.

Angriff auf unsere Kultur

Wer eine richtige Osterkarte möchte, sucht dies vergebens. Weder an Weihnachten noch an Ostern darf Jesus präsent sein. Christmas heisst auch nicht mehr Christmas, sondern X-mas und Karten mit Krippe sind verpönt in unseren Läden.

Alles muss weichen, auch die Mutter, denn «Mutter» ist das neue Fluchwort. Es heisst jetzt «die gebärende Person» oder die «entbindende Person». Der Angriff auf die Frau und die Familie ist ein Gräueltat unserer Zeit! Wie auch der Redaktor einer Wochenzeitung feststellt: «Denn die Wortwahl war kein Ausrutscher. Sie hat Methode – auch anderswo im Programm.»

Woke-Lobby bestimmt

Eine winzig kleine Minderheit bestimmt, was gekauft wird und was gesagt werden darf! Die Woke-Lobby hat sich überall hereingeschlichen – in den Einkauf der Läden, in Schulen, in Politik, in Wirtschaft etc. – und möchte, dass die militante, abartige Woke-Religion Einzug findet! Der Angriff auf die Frau, auf Familie, auf die Werte ist beängstigend und eine Gefahr für unsere Gesellschaft, für Frauen, für Kinder, für alle, denn das Ziel dieser kleinen, terroristischen und frauenverachtenden Lobby ist nicht gut, gar nicht gut!

Widerstand ist nötig

Wir können nicht länger einfach zuschauen und still sein. Es gibt zwei Geschlechter: Mann und Frau und Frauen gebären Kinder! «Mutter» und «Mami» sind keine Fluchworte, sondern eine natürliche Bezeichnung. Punkt! Dies ist so und dies muss so bleiben, denn wir wollen keine Welt ohne Mütter! Wir wollen eine Welt, wo die Frau geehrt wird. Daher müssen wir die Woke-Lobby aufhalten. Die Verachtung und Entwertung der Frauen, die Zerstörung der Familie, die Zerstörung des Guten, die Gefährdung unserer Kinder hat in verschiedener Hinsicht ein Mass angenommen, dass nicht mehr geduldet werden darf. Wir alle müssen aufstehen und aufwachen, bevor es zu spät ist! Oder ist es bereits zu spät und braucht es schon mutige Widerstandskämpfer?



Wer denkt bei Ostern noch an Jesus? Der Osterhase dominiert heute das höchste Fest der Christen. Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

LESERBRIEF

Die Schweiz ist krimineller geworden

Das Bundesamt für Statistik hat die polizeiliche Kriminalstatistik veröffentlicht. Die Kriminalität im Land steigt markant. Die Zahl der Straftaten nahm im vergangenen Jahr gegenüber 2022 um 14 Prozent auf 522 558 zu. Eine schweizerische Auswertung, welche Delikte von Menschen aus welchen Ländern verübt worden sind, fehlt. Der forensische Psychiater Frank Urbaniok kritisiert das in den Social Media scharf: Er fordert, dass genauer hingeschaut und Ausländerkriminalität als solche benannt wird. Genau das fehlt den Medien inklusive Staatsfernsehen. «Alle nötigen Zahlen sind vorhanden», meint Urbaniok. «Man scheut sich nur davor, die Zusammenhänge herzustellen und die Probleme klar zu benennen.»

Bei genauerem Hinsehen lässt sich immerhin feststellen, dass Ausländer verantwortlich sind für die steigende Kriminalität. Innerhalb dieser Gruppe fallen besonders die Asylkriminellen in der Schweiz auf. In einem Jahr stieg ihr Anteil um 50 Prozent.

Die Probleme klar zu benennen, heisst bei Urbaniok, Massnahmen zu diskutieren und anschliessend umzusetzen. Er denkt an Asyl- und Einbürgerungsfragen inklusive Ausschaffungsgründen von Menschen aus bestimmten nordafrikanischen und arabischen Staaten oder dem Balkan. Von einem neuen Phänomen in diesem Bereich wird Si-

cherheitsdirektor Fehr in der Weltwoche zitiert: «Auffällig sind die Ukrainer.» Der Berner Kommandant Christian Brenzikofer sagt dazu: «Die Täter wissen, dass sie kaum etwas zu befürchten haben.»

Zusammengefasst: Die bundesamtliche Kriminalstatistik 2023 ist besorgniserregend. Politik, Medien und Richter, alle wissen es, aber niemand tut etwas. Diese Protagonisten schauen weg und merken offenbar nicht, dass sie zu Helfern von Kriminellen werden und gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung verspielen. An dieser Stelle ist die Ausschaffungsinitiative zu erwähnen, die in der Bundesverfassung verankert ist, aber partout nicht umgesetzt wird. Die versprochene «pfefferscharfe» Umsetzung lehnen alle Parteien – ausser der SVP – kategorisch ab.

PS: Ist es nicht pure Heuchelei oder Realitätsblindheit, wenn Mario Stäubli vom Tages-Anzeiger in der Kommentarspalte schreibt: «Zum Umgang mit der Kriminalität gehört auch, dass man sich mit mutmasslichen Tätergruppen auseinandersetzt, bevor man «Alle ausschaffen!» brüllt.»

Und «man kann selber viel tun, um sich zu schützen», wird der Leser belehrt.

Karl Meier-Zoller
Effretikon ZH

EU-Rahmenabkommen - Migrationspolitik - Aussenpolitik

Wegweisende Entscheide für die Schweiz

Informationsabend zu aktuellen politischen Fragen mit



Ueli Maurer
alt Bundesrat / ehem. Vorsteher EFD



Gregor Rutz
Nationalrat / Staatspolitische Kommission

Begrüssung: **Christian Pfaller**, Kantonsrat, Präsident SVP Bezirk Bülach
Thomas Schneider, Gemeinderat, Präsident SVP Kloten

Mittwoch, 10. April 2024 - 20.15 Uhr
Ortsmuseum Bücheler-Hus, Dorfstr. 47, 8302 Kloten

Alle sind herzlich willkommen - auch Nichtmitglieder!
Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.



svp.kloten.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Glattfelden
Mittwoch, 10. April 2024, 19.30 Uhr, Referat zum Thema «Risiko geologisches Tiefenlager», Gottfried-Keller-Zentrum, Gottfried-Keller-Strasse 8, Glattfelden, mit Gemeinderat Thomas Obermayer.

Bezirk Bülach/Kloten
Mittwoch, 10. April 2024, 20.15 Uhr, Informationsabend, Ortsmuseum Bücheler-Hus, Dorfstrasse 47, Kloten, mit Nationalrat Gregor Rutz und alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Bülach/Oberembrach
Mittwoch, 10. April 2024, 19.30 Uhr, Referat zum Thema «Stopp der importierten Kriminalität – wie sich die Schweiz schützen kann!», Susann's Beizli, Hueb, Oberembrach, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Dielsdorf
Mittwoch, 17. April 2024, 20.00 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Grafenschaftstrasse 2, Niederglatt.

Bezirk Dielsdorf/Neerach
Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 07. Juli 2024, SVP-Stand am Neeri-Fäsch, Dorfkern, Neerach.

Bezirk Dielsdorf/Rümlang
Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Bezirk Dietikon/Aesch
Samstag, 13. April 2024, 14.00 – 18.00 Uhr, Jassturnier, Brunnehofsäli, Dorfstrasse 3, Aesch.

Bezirk Dietikon/Weiningen
Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr, Vortrag, Restaurant Linde, Badenerstrasse 2, Weiningen, mit Staatsanwalt Moritz Lüthi. Anmeldung unter 079 449 62 60.

Bezirk Hinwil/Rüti
Mittwoch, 10. April 2024, 19.00 Uhr, Infoanlass zum Thema «Windräder auf dem Batzberg», Restaurant Löwen, Dorfstrasse 22, Rüti.

Bezirk Meilen/Meilen
Mittwoch, 10. April 2024, 19.30 Uhr, Podium zum Thema «Windkraftenergie», Gasthof Löwen, Seestrasse 595, Meilen, u.a. mit Kantonsrat Paul von Euw. Anschliessend Apéro.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 5. April 2024, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Mönchhof, Mönchaltorf. Anschliessend Imbiss. Anmeldung unter charles@vogt-ec.ch.

Bezirk Uster / Volketswil
Freitag, 5. April 2024, 19.30 Uhr, Generalversammlung, In der Au, Volketswil. Ab 20.30 Uhr Referat von Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 24. Mai 2024, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Freitag, 31. Mai 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Thomas Aeschi.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 11. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Gemeindegasse, Am Rainli 4, Bonstetten.

Freitag, 3. Mai 2024, 20.00 Uhr, Churfirsentagung, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschüssen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmenstetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch.

LESERBRIEF

Einbürgerungsfeier 2024: Mehr Links geht nicht

Letzte Woche fand die Einbürgerungsfeier für Neueingebürgerte in Zürich statt. Ich war live dabei, wurde ich doch letztes Jahr selber eingebürgert. Es war eine Showinszenierung und vegane Tortur vom Feinsten. Nur das Orchester Stadtjugendmusik hat begeistert.

Die Rede der Stadtpräsidentin Corine Mauch war stotternd, sinnlos und durchgehend abgelesen. Generell schien sie nicht bei der Sache. Nicht vergessen hat sie nur, uns das Hauptmotto mehrmals einzubläuen: Geht wählen, um an der Schweizer Demokratie aktiv teilzunehmen.

Ein SRF-Moderator mit iranischen Wurzeln, Salar Bahrampoori, leitete die Podiumsdiskussion. Da ging es schon mit der Propaganda los. Wie toll es ja sei, Schweizer zu sein und wählen zu können, wie demokratisch und offen ja jeder hier ist, wie man hier anständig politisch diskutieren könne, ohne sich zu streiten, da alle Meinungen akzeptiert und toleriert würden. Schon da hatte ich das Bedürfnis, aufzusteigen und meine tollen «Erfahrungen» an den regelmässigen Standaktionen unserer SVP zu teilen, bei denen Eltern ihre kleinen Kinder regelrecht von uns weggezogen haben mit dem Satz: «Von denen nimmst du keine Schokolade an!»

Die vier Gäste der Podiumsdiskussion hätte man nicht perfekter für die linke Show-Bühne wählen können. Auf die Frage, was die lieben Eingebürgerten denn gut am Schweizer-Sein fänden oder daran, in Zürich zu leben, konnte niemand so richtig antworten. «Divers» sei Zürich, man könne fast alles machen und so leben, wie

man will, und es gebe halt viele Expats, mit denen man schnell Kontakte knüpfen kann, denn Schweizer seien ja kalt und unnahbar. Aha. Das sind natürlich wichtige Argumente zur Integration, Sprache und Zugehörigkeit. Zum krönenden Abschluss der Bevormundung gab es einen vegan-vegetarischen Apéro Riche. Fazit, Linksgrün

setzt alles daran, ihre Reihen durch Eingebürgerte zu stärken, welche ihre Kultur uns aufdrängen sollen. Ein Lichtblick:

Manchmal, als Ausnahmeerscheinung, sind dann aber auch potenzielle SVP-Mitglieder darunter.


Jane Bailey, Zürich



Letztes Jahr wurden fast 3000 Personen in der Stadt Zürich eingebürgert. Linksgrün erhofft sich von ihnen mehr Wählerstimmen. Bild: eurok (Flickr.com)

 Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook www.facebook.com/svpzuerich

SVP Kanton Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
www.svp-zuerich.ch



EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
vom **Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr**
Gemeindegasse Bonstetten, Am Rainli 4, 8906 Bonstetten

Vorprogramm
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie «Ghackets mit Hörnli und Öpfelmus», Nussgipfel und feine Kuchen
- Musikalischer Auftakt durch den Musikverein Bonstetten
- Begrüssung durch Kantonsrat Marc Bochler

Traktanden

- Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
- Referendum gegen die Änderung im Bildungsgesetz:** Keine Wartefrist bei Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer KR Tobias Infortuna
- Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2024:** Parolenfassung:
 - a) Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» NR Barbara Steinemann
 - b) Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» NR Barbara Steinemann
 - c) Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» NR Mauro Tuena
 - d) Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes) «Mantelerlass»

Kontradiktorisch: Pro: NR Martin Baumle, GLP / Kontra: KR Paul von Euw

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

- Rahmenabkommen** NR Martin Hübscher
- Rechnung 2023 / Budget 2024** KR Patrick Walder
- Verschiedenes** Alle